

Massnahmenplan 2014 – Umfrage- ergebnisse

Befragung von Kantonsangestellten, Lehrerschaft und Schul-
leitungen zu Spar- und Massnahmenvorschlägen

Kurzbericht

23. Juni 2014

zuhanden des Personalamts des Kantons Solothurn

Impressum

Empfohlene Zitierweise

Autor: Ecoplan
Titel: Massnahmenplan 2014
Untertitel: Befragung von Kantonsangestellten, Lehrerschaft und Schulleitungen zu Spar- und Massnahmenvorschlägen
Auftraggeber: Personalamt des Kantons Solothurn
Ort: Bern
Jahr: 23. Juni 2014
Bezug: www.ecoplan.ch

Verantwortliche Person Auftraggeber

Urs Hammel, Amtschef Personalamt

Projektteam Ecoplan

Michael Marti (Projektleitung)
Annick Baeriswyl
Tamara Bischof

Der Bericht gibt die Auffassung der Autoren wieder, die nicht notwendigerweise mit derjenigen des Auftraggebers oder der Begleitorgane übereinstimmen muss.

Ecoplan AG

Forschung und Beratung
in Wirtschaft und Politik

www.ecoplan.ch

Monbijoustrasse 14
CH - 3011 Bern
Tel +41 31 356 61 61
bern@ecoplan.ch

Schützengasse 1
Postfach
CH - 6460 Altdorf
Tel +41 41 870 90 60
altdorf@ecoplan.ch

Inhaltsverzeichnis

Auftrag und Zielsetzung der Befragung	2
Ergebnisse der Befragung	2
Überschneidungen mit bestehenden Massnahmen.....	4
Vertiefte Betrachtung von Sparvorschlägen.....	4

Auftrag und Zielsetzung der Befragung

Der Kanton Solothurn erarbeitete für das Jahr 2014 und die nachfolgenden Jahre einen Massnahmenplan um das strukturelle Defizit von 150 Mio. CHF zu beseitigen. Die Erarbeitung der Massnahmen erfolgte einerseits in den Departementen, andererseits wurden die Kantonsangestellten, die Lehrerschaft und Schulleitungen in einer Online-Befragung zu ihren Vorschlägen befragt. Die Befragung wurde im Auftrag des Finanzdepartements des Kantons Solothurn durch Ecoplan durchgeführt.

Ziel der Befragung war der Einbezug der Kantonsangestellten, der Lehrerschaft und der Schulleitungen in die Erarbeitung des Massnahmenplans. Zu diesem Zweck wurden die Angestellten nach Vorschlägen für Sparideen und die Generierung von Mehreinnahmen befragt. Darüber hinaus konnte durch die Befragung sichergestellt werden, dass im Massnahmenplan auch Sparmassnahmen berücksichtigt werden, welche möglicherweise in leitenden Funktionen nicht erkannt werden (können).

Ergebnisse der Befragung

Beteiligung

Insgesamt wurden rund 5'700 Personen – davon ca. 3'700 Kantonsangestellte und ca. 2'000 Lehrpersonen inkl. Schulleitungen – zu einer Teilnahme an der Befragung eingeladen. Insgesamt nahmen 1'212 Personen an der Befragung teil, was einem Rücklauf von 21% entspricht. Die Teilnehmenden zeigten ein grosses Engagement, indem sie nicht nur die geschlossenen Fragen beantworteten, sondern auch bei den offenen Fragen zahlreiche gute Vorschläge nannten.

Resultate

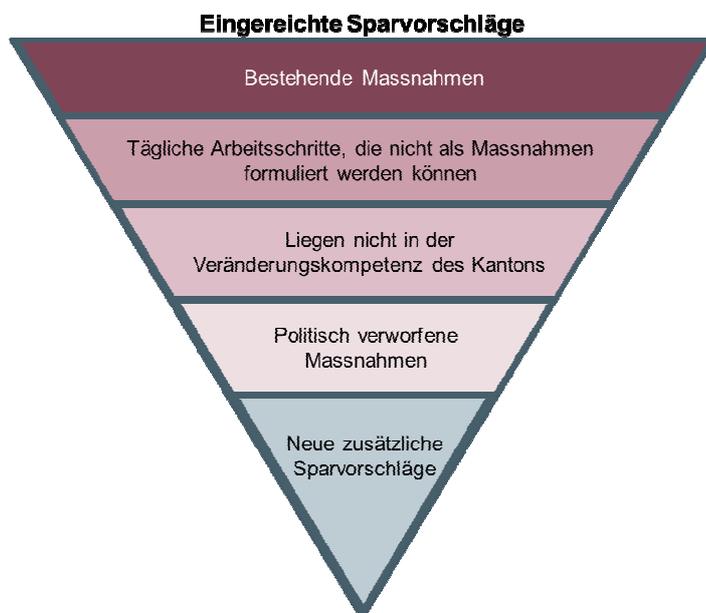
Die genannten Vorschläge wurden in einem ersten Schritt durch Ecoplan gruppiert und nach Sachthema zusammengefasst. Die Datenauswertung erfolgte anonym. In einem zweiten Schritt prüfte das Amt für Finanzen des Kantons Solothurn, welche Vorschläge weiterverfolgt werden können. Dazu wurden sie fünf Gruppen zugeordnet:

- Die grösste Gruppe betraf **Vorschläge, welche sich mit bereits bestehenden Massnahmen aus dem Massnahmenplan 2013 oder 2014 überschneiden** (z.B. Vorschläge im Bereich Bildung wie Lektionen abbauen oder weniger Wahlfächer anbieten oder im Bereich Soziales wie Abbau Prämienverbilligung oder Abschaffung der Oberämter).
- In der nächsten Gruppe wurden Vorschläge zusammengefasst, welche **eigene tägliche Arbeitsschritte betreffen und daher nicht als Massnahmen formuliert** werden können (z.B. Vorschläge wie sparsamer drucken oder sorgfältiger mit dem Büromaterial umgehen).

- Die dritte Gruppe umfasst **Vorschläge, welche in der Veränderungskompetenz von Bund und Gemeinden liegen**, jedoch nicht in jener des Kantons (z.B. Massnahmen im Asylbereich).
- Zudem wurden **Vorschläge genannt, welche kürzlich politisch diskutiert wurden, jedoch keinen Anklang fanden und deshalb ebenfalls nicht als Massnahmen** formuliert werden können (z.B. Vorschläge wie Einführung einer Einheitspolizei oder Verzicht auf den Neubau Bürgerspital).
- Schliesslich wurden die **neuen Sparvorschläge zu einer Gruppe zusammengefasst**, die nun einer vertieften Betrachtung unterzogen werden.

Abbildung 1 zeigt schematisch, anhand welcher Kriterien die eingereichten Vorschläge gefiltert wurden.

Abbildung 1: Kategorisierung der eingereichten Vorschläge



Anmerkung: Die Feldgrössen stimmen nicht mit den tatsächlichen Anteilen pro Kategorie überein.

Die neuen Sparvorschläge konnten vier Themenfeldern zugeordnet werden. Das erste Themenfeld umfasst das Entlohnungssystem und Personalleistungen, das zweite Themenfeld den Strassenbau, insbesondere in Bezug auf dessen Ausbaustandard, das dritte Themenfeld die Justiz und die Gerichte und das vierte Themenfeld eine Standortkonzentration sowie Schnittstelleneliminierungen. Bevor auf diese vier Themenfelder etwas ausführlicher eingegangen wird, folgt im nächsten Abschnitt eine kurze Erläuterung zu den Überschneidungen mit bereits bestehenden Massnahmen.

Überschneidungen mit bestehenden Massnahmen

Parallel zur Online-Befragung der Angestellten wurden auch in den Departementen Sparvorschläge erarbeitet. Es ist also nicht überraschend, dass in diesen beiden Prozessen ähnliche oder sogar gleiche Ideen entwickelt wurden. Im Gegenteil: Dass beide Seiten teilweise die gleichen Schwerpunkte erkannt haben, ist positiv zu werten und spricht für die Zusammenarbeit von Kader und Mitarbeitenden in der Verwaltung. Einige Beispiele für solche Überschneidungen sind nachfolgend aufgezählt:

- Reduktion der Unterrichtslektionen an der SEK P und am Gymnasium (DBK_R7 & DBK_R8)
- Lektionsoptimierung bei der Volksschule (DBK_R15 & DBK_R16)
- Streichung der Staatsbeiträge an kommunale Musikschulen (DBK_K31)
- Senkung der Prämienverbilligung (IPV) (DDI_K19)
- Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer (DDI_K20)
- Plafonierung von ÖV-Leistungen (BJD_K15)
- Ausbau der Verlustscheinbewirtschaftung (FD_R2)
- Erhöhung der Revisionstätigkeit bei Steuern (FD_R3)
- Anpassung Katasterwerte auf den schweizerischen Durchschnitt (FD_K4)
- Einführung von kostendeckenden Gebühren (FD_K7)
- Organisationsanpassung Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (VWD_R10)
- Erhöhung der Haltebewilligung für Hunde bestimmter Rasse (VWD_K16)
- Ersatz von Briefpost durch e-Post (BEH_R1)

Vertiefte Betrachtung von Sparvorschlägen

Die neuen Sparvorschläge wurden dahingehend untersucht, inwieweit sie die nachfolgenden Kriterien am zweckmässigsten erfüllen:

- **Häufige Nennung** des Vorschlages
- **Politische Machbarkeit:** Vorschlag, für den sich vermutlich politische Mehrheiten finden lassen
- **Hebelwirkung:** Vorschlag, der mit relativ geringen Veränderungen / Investitionen eine (namhafte) finanzielle Einsparung ermöglicht

Daraus sind die vier oben genannten Themenfelder entstanden, welche jeweils mehrere Sparvorschläge beinhalten. Nachfolgend wird kurz auf die einzelnen Themenfelder eingegangen.

Themenfeld 1: Entlohnungssystem / Personalleistungen

Zu Beginn der Befragung konnten die Angestellten angeben, wo sie in ihrer eigenen Verwaltungseinheit (Amt, Departement, Schule, Spital etc.) Einsparungsmöglichkeiten sehen. Viele Personen wiesen auf den Personalbereich hin. Dabei steht nicht nur der Lohn im Fokus, sondern auch Massnahmen wie die Einführung von Leistungsstufen anstelle der Erfahrungsstufen, eine Prüfung der Wirksamkeit des Leistungsbonus und die Aufdeckung von übermässig teuren Verbindlichkeiten im Gesamtarbeitsvertrag (GAV).

Die Befürworter solcher Massnahmen weisen darauf hin, dass lohnrelevante Personalmassnahmen in der Verwaltung eine vergleichsweise hohe Hebelwirkung haben.

Themenfeld 2: Strassenbau

Neben Einsparungen im Personalbereich sehen die Befragten auch Potenzial im Abbau von Dienstleistungen und der Servicequalität. Für die Bereiche «Soziales» (DDI) und «Bildung» (DBK) sind in den Massnahmenplänen 13 und 14 bereits umfangreiche Sparmassnahmen vorgesehen. Im Strassenbau wurde hingegen eine Massnahme zur «Reduktion der Mittel für die Strasseninfrastruktur» formuliert.¹

Vorschläge, welche den Strassenbau betreffen, sollten gemäss der an der Befragung teilnehmenden Personen einer vertieften Betrachtung unterzogen werden. Die befragten Personen wiesen häufig auf den hohen Ausbaustandard hin. Einsparungsmöglichkeiten werden darin gesehen, künftig den Strassenausbaustandard zu senken, Luxuslösungen zu vermeiden und im Strassenbau weniger Perfektionismus an den Tag zu legen. Mit einer Reduktion des Strassenausbaustandards kann eine vergleichsweise grosse Hebelwirkung erreicht werden.

Themenfeld 3: Justiz / Gerichte

In Bezug auf die Reduktion bzw. Abschaffung von Leistungen sehen die Befragten hauptsächlich in den Bereichen Justiz und Gerichte verschiedene Ansatzpunkte. Einerseits soll vermehrt eine Zentralisierung (Rationalisierung) angestrebt, andererseits ein Leistungsabbau geprüft werden.

Selbstverständlich gilt es zu prüfen, welche Arten des Leistungsabbaus aus rechtlichen Gründen überhaupt machbar sind. Populäre Forderungen, welche insbesondere die Rechte der tatverdächtigen Personen – wie z.B. der Verzicht auf Dolmetscher oder generell weniger Rechte für Täter sowie die unentgeltliche Rechtspflege – mindern, stehen mit dem Gesetz in einem unvereinbaren Gegensatz. Auch prozedurale Änderungen – wie die Einführung von Schnellverfahren – sind teilweise nicht möglich oder tangieren die richterliche Unabhängig-

¹ Massnahme BJD_R4 im Massnahmenplan 2014.

keit, so beispielsweise die Auferlegung höherer Prozesskosten oder die Forderung nach mehr unbedingten Geldstrafen.

Aktuell wird die Schaffung eines erstinstanzlichen zentralen Strafgerichts für die schweren Fälle und die schweren Wirtschaftsfälle geprüft. Hierbei steht allerdings nicht ein Spareffekt im Vordergrund. Weiterführende Massnahmen betreffend die Zentralisierung (Rationalisierung) von Gerichten werden hinsichtlich des Sparpotenzials kontrovers betrachtet.

Themenfeld 4: Standortkonzentration / Schnittstellenminimierung

Massnahmen in Bezug auf eine Standortkonzentration wurden teilweise bereits im Massnahmenplan 14 berücksichtigt («Reorganisation der Abläufe zur räumlichen Optimierung der Verwaltungsstellen»² und «Optimierung der Mietkosten»³). Die angestrebte Stossrichtung kann jedoch noch verstärkt werden. Im Zentrum steht die Frage, ob und in wie weit die kantonalen Verwaltungsstrukturen im Raum zentralisiert werden können (konzentrierte Leistungserbringungsorte) und wie sich eine Minimierung von Schnittstellen in der Verwaltungsorganisation bewerkstelligen lässt.

Neben der Frage der Anzahl an Gemeindestandorten stellt sich auch die Frage nach der Anzahl Gebäude pro Gemeinde, in welcher die Kantonsverwaltung tätig ist. Mit dieser Frage ist auch die Strategie verknüpft, ob die Verwaltung in Gebäuden eingemietet ist oder nicht. Hier besteht mittelfristig ein beträchtliches Einsparungspotenzial, da gewisse Tätigkeiten (Empfang, Sicherheit, teilweise IT) konzentriert werden können.

² Massnahme FD_R1 im Massnahmenplan 2014.

³ Massnahme BJD_R10 im Massnahmenplan 2014.